



ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020

Name: *dbb beamtenbund und tarifunion*

Kontaktdaten:

Christian Moos (Ansprechpartner)

Anschrift: Friedrichstr. 169/170

D-10117 Berlin

Telefon: +493040815060

E-Mail-Adresse: moosch@dbb.de

Wohnsitzland: *Deutschland*

Sprache Ihres Beitrags: *Deutsch*

Art der Organisation:

Mitgliedstaat

Behörde

Registrierte Organisation

Registriertes Unternehmen

Einzelperson

Nicht registrierte(s) Organisation/Unternehmen

Andere (bitte angeben):

Hauptbereich(e), auf den/die sich Ihr Beitrag bezieht:

Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit

Industrie

Binnenmarkt

X Beschäftigung

Forschung, Entwicklung und Innovation

Digitale Wirtschaft

Klima, Energie und Ressourceneffizienz

X Bildung

X Armut/soziale Ausgrenzung

X Sonstiges (bitte angeben): Öffentlicher Sektor

Registriernummer (wenn Sie/Ihre Organisation im Transparenzregister registriert sind/ist): 50422963046-14

Ihre Antwort

X darf mit Ihren personenbezogenen Angaben veröffentlicht werden.

soll anonym veröffentlicht werden.

darf nicht veröffentlicht werden.

A) Hintergrundinformationen zur öffentlichen Konsultation:

Die Strategie „Europa 2020“ wurde im [März 2010](#) als EU-Strategie zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums auf den Weg gebracht. Sie zielt auf eine wissensgestützte, wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft bei gleichzeitiger Wahrung der sozialen Marktwirtschaft in der EU und Verbesserung der Ressourceneffizienz. Daher wurde sie als Partnerschaft zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung konzipiert.

Die Strategie Europa 2020 ist auf fünf [Kernziele](#) in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie¹, Bildung sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerichtet. Außerdem umfasst sie sieben Aktionsprogramme, so genannte [Vorreiterinitiativen](#), in Bereichen, die als entscheidende Triebkräfte für das Wachstum gelten, nämlich Innovation, digitale Wirtschaft, Beschäftigung, Jugend, Industriepolitik, Armut und Ressourceneffizienz. Die Ziele der Strategie werden auch durch Maßnahmen auf EU-Ebene unterstützt, beispielsweise in den Bereichen Binnenmarkt, EU-Haushalt und Außenpolitik der EU.

¹ Im Januar 2014 hat die Kommission einen energie- und klimapolitischen [Rahmen](#) bis 2030 angenommen. Zu den wichtigsten Zielen in diesem neuen Rahmen zählen eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 % unter den Stand von 1990, ein verbindliches EU-weites Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 27 % und die Wiederaufnahme einer ambitionierten Energieeffizienz-Politik.

Die Umsetzung und Überwachung der Strategie Europa 2020 erfolgt im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) (jährlicher Zyklus der Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU-Länder). Im Rahmen des Europäischen Semesters einigen sich die EU-Institutionen auf allgemeine Prioritäten und die jährlichen Mittelbindungen der Mitgliedstaaten und erörtern die von der Kommission erarbeiteten und auf höchster Ebene von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gebilligten länderspezifischen Empfehlungen. Diese Empfehlungen sollten dann in die Politik- und Haushaltsgestaltung der Mitgliedstaaten einfließen. Zusammen mit dem EU-Haushalt sind die länderspezifischen Empfehlungen wesentliche Instrumente für die Umsetzung der Strategie Europa 2020.

Vier Jahre nach der Einführung der Strategie Europa 2020 hat die Kommission vorgeschlagen, die Strategie einer Überprüfung zu unterziehen, und der Europäische Rat hat diesem Vorschlag am 20./21. März 2014 zugestimmt. Am 5. März 2014 hat die Kommission eine Mitteilung „Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ angenommen ([Mitteilung](#)  und [Anhänge](#) ) , in der sie vorläufige Schlüsse aus den ersten Jahren der Umsetzung der Strategie zieht. Aufbauend auf diesen ersten Ergebnissen und im Umfeld einer allmählichen Erholung der europäischen Volkswirtschaften sollten wir nun über die Ausgestaltung der Strategie für die kommenden Jahre nachdenken.

Mit diesen Fragen möchten wir Ihre Meinung dazu einholen, was aus den ersten Jahren der Strategie Europa 2020 zu lernen ist und was wir bei ihrer Weiterentwicklung zu einer Nachkrisen-Wachstumsstrategie berücksichtigen müssen.

B) Fragen:

1) Bilanz der Strategie „Europa 2020“ von 2010 bis 2014

Inhalt und Umsetzung

- Was bedeutet die Strategie Europa 2020 für Sie? Was verbinden Sie hauptsächlich mit der Strategie?

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die Strategie in ihrer Genese konstruktiv begleitet, sieht sie aber in Anbetracht der sie überholenden Krisenereignisse in dieser Form nicht mehr für zielführend an.

Grundsätzlich erscheinen gemeinsame wirtschafts- und beschäftigungspolitische Ziele für die Europäische Union sinnvoll. Für den dbb stellt sich aber die Frage, ob ein Zehnjahreszeitraum zielführend ist. Reformziele sollten gezielter, situationsbezogener und weniger langfristig definiert werden. In einem Zehnjahreszeitraum werden zu viele intervenierende Variable wirksam. Die Planbarkeit solcher Prozesse erscheint fragwürdig.

Die länderspezifischen Empfehlungen und das Europäische Semester weisen hingegen in die richtige Richtung, solange sie die europäische Kompetenzordnung und damit Entscheidungen der Mitgliedstaaten, für die es der demokratischen Legitimation durch die nationalen Parlamente bedarf, respektieren.

- Hat die Strategie Europa 2020 Ihrer Auffassung nach etwas bewirkt? Bitte erläutern.

Bereits die Lissabon-Strategie, die im Jahr 2000 startete und mit großen Erwartungen begleitet wurde, scheiterte. Das lag nicht nur an der 2008 einsetzenden Weltfinanzkrise und ihren spezifisch europäischen Folgen. Schon die Halbzeitbilanz 2005 fiel negativ aus. Es zeichnete sich schon damals ab, dass die ehrgeizigen Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungsziele außerhalb jeder Reichweite lagen.

Dass dieser Benchmarking und Monitoringprozess und seine soft law Instrumente gänzlich wirkungslos geblieben wären, kann man allerdings auch nicht behaupten. Immerhin war Deutschland um die Jahrtausendwende bezüglich seiner Strukturdaten und besonders seiner Arbeitsmarktlage der kranke Mann Europas. Die Strukturreformen, die die Bundesregierung in den frühen Nullerjahren ergriff, orientierten sich auch an den theoretischen Annahmen und Empfehlungen, die der Lissabon-Strategie zugrunde lagen.

Die Strategie Europa 2020 ereilt hinsichtlich ihrer Zieldaten absehbar das gleiche Schicksal wie ihre Vorgängerin. Ihre Inhalte können auch nur noch komplementär wirken, ist die Aufmerksamkeit der europäischen Politik wie auch der nationalen Regierungen ohnehin bereits voll auf die Frage gerichtet, wie Strukturreformen und Sparmaßnahmen mit Wachstumsimpulsen und Beschäftigungsaufbau zu vereinbaren sind. Der Druck, zu größerer Wettbewerbsfähigkeit zu gelangen, geht längst nicht mehr von der Strategie aus. Es sind die Finanzmärkte, es ist die Währungsunion, es ist die Arbeitslosigkeit, vor allem junger Menschen, die einen enormen faktischen Handlungsdruck auf viele EU-Mitgliedstaaten ausüben.

Der Ansatz der Lissabon-Strategie wie auch der Strategie Europa 2020, die stärker noch auf Beschäftigungsziele fokussiert, durch moderate Reformen langfristig zu einer besseren soziökonomischen Performance zu kommen, ist durch die Eilbedürftigkeit der krisenbedingten Anpassungen längst überholt.

- Hat sich Ihr Land von dem Vorgehen anderer EU-Länder in den Europa-2020-Kernbereichen beeinflussen lassen? Bitte führen Sie Beispiele an.

Deutschland hat sich ganz sicher an europäischen Nachbarn orientiert, als es seine Sozialreformen vorgenommen hat. Für die Frauenerwerbstätigkeit waren nicht zuletzt skandinavische Beispiele maßgeblich. Auch die Verlängerung des Renteneintrittsalters erfolgte in Kenntnis entsprechender Reformschritte in anderen europäischen (EU und EFTA) Staaten. Dies geschah durchaus im europäischen Vergleich. Die einschlägigen Mitteilungen der Europäischen Kommission haben diese Prozesse zweifelsohne begünstigt. Die Strategie Europa 2020 als solche hat aber aus Sicht des dbb nicht unmittelbar zu solchen Lernprozessen geführt. Hier waren die Europäische Beschäftigungsstrategie von 1997 und die Methode der offenen Koordinierung in den 1990er Jahren weitaus effektiver.

Bis 2010 waren es eher endogene Faktoren, die EU-Mitgliedstaaten zu Modernisierungsprozessen veranlasst haben, etwa eine zu hohe Arbeitslosigkeit wie vor über einem Jahrzehnt in Deutschland. Der europäische Vergleichsraum und die

Formulierung gemeinsamer Ziele auf europäischer Ebene haben diese endogenen Faktoren flankiert, waren aber weder auslösend noch eigentlich ursächlich. Seit dem Beinahe-Staatsbankrott Griechenlands sind es überwiegend exogene Faktoren, die auf die Mitgliedstaaten einwirken und diese zu Anpassungsprozessen zwingen. Zu diesen ist aber nicht die Strategie Europa 2020 zu zählen.

- Sind die Interessenträger in Ihrem Land ausreichend in die Strategie Europa 2020 eingebunden? Sind Sie selbst in die Strategie Europa 2020 eingebunden? Würden Sie sich gern stärker beteiligen? Falls ja, wie?

Es ist sicherlich ein Teil des Problems, also der Ineffektivität der Strategie, dass nicht alle Sozialpartner effektiv beteiligt werden und überhaupt die Zivilgesellschaft sinnvoll einbezogen wird. Letzteres ist aber eine wichtige Voraussetzung dafür, dass auch Parlamente und Regierungen den Gegenstand ernsthaft begleiten. Denn Sozialpartner und Zivilgesellschaft wirken ihrerseits auf die Parlamente ein, und die Parlamente tragen die Regierungen. Das gilt zumindest in den parlamentarischen Demokratien der Union.

Der dbb erwartet, dass die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) stärker an diesen strategischen Prozessen beteiligt wird. Die ausschließliche Konzentration auf den Europäischen Gewerkschaftsbund beim Frühjahrsgipfel trägt der Pluralität der Arbeitnehmervertretung in Europa nicht ausreichend Rechnung. Der dbb beteiligt sich als gewerkschaftliche Spitzenorganisation für den öffentlichen Dienst in Deutschland gern an etwaigen neuen konsultativen Partizipationsmodellen.

Instrumente

- Entsprechen die derzeitigen Ziele für 2020 den mit der Strategie angestrebten Zielen, Wachstum und Beschäftigung zu fördern? [Ziele: *Beschäftigungsgrad in der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre mindestens 75 %; Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % des BIP; Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 %, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Verbesserung der Energieeffizienz um 20 %; Verringerung des Anteils frühzeitiger Schulabgänger auf unter 10 % und Steigerung des Anteils junger Menschen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40 %; Verringerung der Zahl von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen um mindestens 20 %*].

Die gesetzten Ziele dienen dem Zweck in der Theorie. In der Praxis sind sie aufgrund der Entwicklungen seit 2008 nicht mehr realistisch. Zusätzlich zu den längerfristigen Strategien sollte die Kommission zu einzelnen Benchmarkingprozessen überleiten, um in einem gemeinsamen Beratungsprozess mit den Mitgliedstaaten (Regierungen, Parlamente, Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen) zu konkreten Ergebnissen zu gelangen, die sich kurz- bis mittelfristig realisieren und regelmäßig evaluieren lassen.

- Sind Ihrer Ansicht nach einige der derzeitigen Ziele wichtiger als andere? Bitte erläutern.

Für die politische Stabilität Europas ist sicherlich von grundlegender Bedeutung, dass die neue soziale Frage zielführend und sinnstiftend beantwortet wird. Die Bekämpfung der

Jugendarbeitslosigkeit muss absolute Priorität haben, da es sonst zu einer verlorenen Generation in Europa kommt. Erforderliche Anpassungen zur Erreichung von politischen Zielen, gleich ob in der Beschäftigungs- oder der Klimapolitik, sollten stets mit innovativen Neuerungen verbunden werden. Denn nur so kann es quantitatives oder auch qualitatives Wachstum geben. Stellenabbau im öffentlichen Dienst zum Beispiel kann kurzfristig durch die Einsparung von Personalkosten zu Etatentlastungen führen. Schon mittelfristig entstehen dadurch aber neue Probleme, weil eine reduzierte öffentliche Aufgabenerfüllung auch die Qualität eines Investitionsstandorts mindert und kein neues Wachstum generiert. Reformen sind verlorene Zeit, wenn sie lediglich zu Kosteneinsparungen führen.

- Halten Sie es für sinnvoll, dass die EU-weiten Ziele in nationale Ziele untergliedert sind? Wenn ja, wie lassen sich dann Ihrer Ansicht nach die nationalen Ziele am besten festsetzen? Wurden die nationalen Ziele bisher angemessen/zu hoch/nicht hoch genug angesetzt?

Die EU sollte sich aus Sicht des dbb auf das Europäische Semester, die gemeinsame Haushaltsüberwachung und eine engere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik konzentrieren. Die Ziele, die die Europäische Union sich setzt, sollten, so sie in der Ferne liegen, auf den Werten der Verträge gründen. Dort wird die EU in ihrer Zielbestimmung unter anderem als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Dort wird der hohe Wert von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse betont.

- Welchen zusätzlichen Nutzen haben die sieben Aktionsprogramme für Wachstum gebracht? Können Sie konkrete Beispiele für die Auswirkungen dieser Programme nennen? [*„Vorreiterinitiativen“: „Digitale Agenda für Europa“, „Innovationsunion“, „Jugend in Bewegung“, „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“*].

Digitale Agenda

Die erste der sieben Vorreiterinitiativen, die „Digitale Agenda für Europa“, hat zum Ziel, dass die EU bis 2020 vollständig mit digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen ausgestattet wird. Tatsächlich ist aus dbb Sicht nicht erkennbar, wie dieser absolut wünschenswerte beziehungsweise notwendige Breitbandausbau erreicht werden soll. Die verfügbaren Daten und Informationen sprechen eher dafür, dass die EU weit davon entfernt ist, die digitale Agenda erfolgreich umzusetzen. Vielmehr scheint die EU bezüglich der Ausstattung mit modernen Netzen gegenüber anderen Regionen der Welt zurückzuliegen. Daher ist die Auswirkung der digitalen Agenda als unbefriedigend anzusehen. Der Nutzen eines erfolgreichen Breitbandausbaus wäre jedoch groß. Dazu bedürfte es aber europäischer Infrastrukturprogramme, gegebenenfalls zu finanzieren durch Projektbonds. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten, die größtenteils erhebliche haushalterische Probleme haben, sind offenbar nicht zielführend, die für die Umsetzung der digitalen Agenda eingestellten EU-Mittel nicht ausreichend. Die 2013 im Zuge der Haushaltsberatungen getroffene Entscheidung des Europäischen Rats, bei der Festlegung der Mittel des EU-Haushalts in den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 statt sieben nur noch eine Milliarde Euro für diese Investitionen einzustellen, war

aus dbb Sicht falsch. Ausschließlich regulatorisch wird die Modernisierung der digitalen Infrastruktur nicht zu bewältigen sein. Die am 10. Juli vorgestellte Initiative „Vernetzte Gemeinschaften“ ist gut, jedoch keineswegs ausreichend, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Innovationsunion

Die zweite Vorreiterinitiative verspricht aus dbb Sicht mehr als die nicht ausreichend ausgestattete digitale Agenda, da beispielsweise das Programm „Horizont 2020“ in die „Innovationsunion“ eingebettet ist und konkret eine bessere Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die Bildung eines europäischen Forschungsraums ermöglicht. „Horizont 2020“ wird aber auch durch die europäischen Strukturfonds unterstützt, die gezielter auf innovationsförderliche Maßnahmen ausgerichtet wurden.

Jugend in Bewegung

Sehr zu begrüßen ist aus dbb Sicht die bessere Mittelausstattung der Austauschprogramme für junge Menschen im Rahmen von „Erasmus+“. Wichtig erscheint dem dbb, dass Austauschprogramme auch auf die Bedürfnisse von Auszubildenden im öffentlichen Dienst und Beamtenanwärtern zugeschnitten werden und auch gegenseitiges Lernen und Kennenlernen junger Menschen in den Verwaltungen beziehungsweise öffentlichen Diensten der EU-Mitgliedstaaten fördern und unterstützen. Kritisch sieht der dbb die Europäische Jugendgarantie, die in einem engen Zusammenhang mit den Bemühungen der Leitinitiative Youth on the Move steht. Es ist richtig, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa Priorität haben muss. Die europäische Jugendgarantie suggeriert aber, dass Europa, also die EU, Ausbildungsbeziehungsweise Fortbildungs- oder gar qualifizierte Arbeitsplätze garantiert und auch für diese sorgt. Das kann sie aber nicht. Die Mittel, die über den Europäischen Sozialfonds abgerufen werden können, weniger als eine Milliarde pro Jahr für 28 EU-Staaten reichen nicht aus, die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa wirksam zu bekämpfen. Es wird also ein falscher Eindruck erweckt, der zu weiterer Europaverdrossenheit beitragen kann. Tatsächlich handelt es sich lediglich um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, denen sie jedoch angesichts der Lage ihrer öffentlichen Kassen und Arbeitsmärkte nur bedingt nachkommen können. Positiv zu bewerten sind die Bemühungen um gegenseitiges Lernen der Mitgliedstaaten bei der beruflichen Ausbildung. Der Ausbau des EURES-Netzwerk für eine gezielte Vermittlung junger Menschen in den europäischen Arbeitsmarkt ist sinnvoll, löst aber nicht die Probleme der einzelstaatlichen Arbeitsmärkte, jedenfalls nicht der Staaten, die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit haben.

Ressourcenschonendes Europa

Der dbb unterstützt die Ziele dieser Vorreiterinitiative. Der dbb betrachtet öffentliche Dienstleistungen, eine gut funktionierende öffentliche Infrastruktur als eine wesentliche Voraussetzung für das Erreichen eines ressourcenschonenden Wirtschaftswachstums. Transfrontaliere Verkehrsinfrastrukturen und Energieversorgung, Energieeffizienz und Energiesicherheit sind zentrale Herausforderungen, die aus dbb Sicht nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene behandelt werden können, sondern von den Europäern gemeinsam angenommen werden müssen. Der dbb betrachtet in diesem

Zusammenhang Privatisierungen von Verkehrsträgern im lokalen oder regionalen Raum nicht als zielführend, weil die Kosteneffizienz, die für Private klar im Vordergrund steht und stehen muss nicht immer in Einklang zu bringen ist mit Umweltzielen.

Industriepolitik

Der dbb unterstützt das Ziel der Vorreiterinitiative Industriepolitik, demzufolge bis 2020 ein Fünftel des europäischen Bruttoinlandsprodukts auf Industrieproduktion basieren soll. Nur wenn in einer Volkswirtschaft oder einem supranationalen Binnenmarkt ausreichend Werte produziert werden, sind auch die Mittel für gut funktionierende öffentliche Dienste und Dienstleistungen vorhanden. Aber die Wirtschaft braucht auch eine hochentwickelte, verlässliche und Kontinuität gewährleistende öffentliche Infrastruktur. Deutschland hat gut daran getan, seine industrielle Basis zu bewahren. In vielen EU-Staaten ist in den vergangenen Jahrzehnten zugunsten des privaten Dienstleistungssektors eine besorgniserregende Deindustrialisierung erfolgt. Dass das 20-Prozent-Ziel bis 2020 erreicht werden kann und die bisher im Rahmen der Vorreiterinitiative erfolgten Maßnahmen ausreichen, muss bezweifelt werden. Aus dbb Sicht muss die Politik auf allen Ebenen die Rahmenbedingungen für industrielle Produktion verbessern. Dazu gehört unter anderem auch ein gut ausgestattetes berufliches Ausbildungs- und Schulwesen. Weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten sollten jedoch interventionistische Industriepolitik im Sinne der Förderung von industriellen Champions betreiben, da eine solche im Zweifel kleineren und mittleren Unternehmen und damit dem Wettbewerb und dem Innovationspotential der europäischen Wirtschaft schadet.

Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten

Der dbb begrüßt zielführende europäische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit. Der dbb hat aber große Vorbehalte gegenüber Vorhaben, die auf eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in dem Sinne abzielen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse weiter zunehmen. Das Konzept der Flexicurity, das die Europäische Kommission bereits seit den Nullerjahren propagiert, lehnt der dbb ab. In alle Erwägungen zur Weiterentwicklungen von Arbeitsrecht und Arbeitsschutz müssen stets die Sozialpartner einbezogen werden. Das gilt sowohl für die nationale wie auch für die europäische Ebene, und es muss ein echter sozialer Dialog sein. Besonders die Mitarbeiter der öffentlichen Dienste in den so genannten Programmstaaten haben in den Krisenjahren fundamentale Arbeitnehmerrechte verloren beziehungsweise ihre Regierungen haben sie ihnen vorenthalten. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden, denn ein wettbewerbsfähiges Europa braucht qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, und die Binnennachfrage in Europa auch Verbraucher, die als Beschäftigte Vertrauen in die Zukunft haben.

Bekämpfung der Armut

Der dbb begrüßt die dank dieser Vorreiterinitiative eingerichtete Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung, betrachtet das Ziel der Armutsreduzierung in Europa angesichts mittlerweile 125 Millionen armen Europäern als sehr wichtig, ebenso wie die konkreten Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Armut und der Armutsgefährdung ergriffen werden. Aus dbb Sicht kommt auch und gerade öffentlichen Diensten und Dienstleistungen eine besondere Bedeutung für eine effektive

Armutsbekämpfung zu. Bildung ist ein Schlüssel zum Ausgang aus Armut. Daher müssen die Schulen in Europa personell und materiell gut ausgestattet sein. Das ist leider angesichts vieler Sparprogramme, die entgegen zahlreicher Absichtserklärungen auch nicht vor dem Bildungsbereich halt machen, in vielen EU-Staaten nicht der Fall, und auch in Deutschland kann und muss mehr in die Bildung investiert werden. Weitere zentrale Bereiche öffentlicher Dienstleistungen wie die soziale Arbeit sind maßgeblich, wenn Armut überwunden werden soll. Die Vorreiterinitiative ist bezüglich der größeren Aufmerksamkeit, die der Armut in Europa gewidmet wird, gut. Sie ist aber zu wenig ambitioniert und nicht gut genug mit konkreten Maßnahmen und Programmen unterlegt.

2) Anpassung der Strategie Europa 2020: Wachstumsstrategie für ein Europa nach der Krise

Inhalt und Umsetzung

- Braucht die EU eine umfassende und übergreifende mittelfristige Strategie für Wachstum und Beschäftigung für die nächsten Jahre?

Ja. Der dbb spricht sich für kürzere strategische Programmzeiträume und fokussierte Instrumente aus. In Anbetracht der in vielen EU-Staaten zu konstatierenden Massenarbeitslosigkeit bedarf es einer europäischen Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie. Sie sollte aber nicht mittel- bis langfristige abstrakte, sondern vielmehr kurz- bis mittelfristige, besser überprüfbare und in den einzelnen Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen motivierende Ziele definieren, für die Strukturfondsmittel zur Verfügung zu stellen sind.

- In welchen Bereichen müssen wir vorrangig tätig werden, um ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen?

Bildung und Forschung sind aus dbb Sicht Schlüsselbereiche. Daneben sind auch gerechte und effektive Systeme der Besteuerung in den Mitgliedstaaten angezeigt, um ein wachstumsförderndes Klima zu schaffen und gleichzeitig der öffentlichen Hand genügend Mittel zu geben, damit öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen modernisiert und als verlässliche Größe für die Wirtschaftssubjekte zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte bürokratische Lasten verursachende Überregulierung ebenso vermieden werden wie zu weitreichende Deregulierung, die angesichts ihrer infrastrukturellen Kollateralschäden mittel- bis langfristig zu unattraktiven Investitionsstandorten führt.

- Welche neuen Herausforderungen sollten künftig berücksichtigt werden?

Europa braucht eine gemeinsame Energiestrategie, muss den Ausbau und die Modernisierung der Netze sowohl im Daten- wie im Verkehrsbereich vorantreiben und mehr für Bildung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Forschung tun. Nur so und in Verbindung mit einer qualifizierten europäischen Einwanderungspolitik wird sich der demografische Wandel bewältigen lassen. Die Steuerbemessungsgrundlagen sollten im EU-Binnenmarkt weiter angeglichen, mehr Gerechtigkeit in der Steuer- und Abgabenlast der Bürger hergestellt werden. Innovationsvorsprünge sichernde Maßnahmen in diesen

Bereichen tragen entscheidend dazu bei, auch beschäftigungsintensives Wirtschaftswachstum zu generieren.

- Wie lässt sich die Strategie am besten mit anderen EU-Strategien verknüpfen?

Die genannten Teilstrategien zur Bewältigung der neuen Herausforderungen sollten in eine europäische Modernisierungsstrategie integriert werden, die über einen kürzeren Zeitraum läuft als die bisherigen Strategien, dann also auch früher evaluiert und erneuert wird.

- Wodurch ließe sich die Einbindung der Interessenträger in eine Wachstumsstrategie für ein Europa nach der Krise verbessern? Was könnte getan werden, damit Ihr Land auf diese Strategie aufmerksam wird und sie unterstützt und besser umsetzt?

Vor allem die Sozialpartner müssen effektiv eingebunden, die Tarifautonomie und nationale Gepflogenheiten in den jeweiligen sozialen Dialogen berücksichtigt sowie der europäische Sozialdialog weiterentwickelt werden. Für das Ziel eines modernen, zukunftsfähigen Europa, das Innovations- und Leistungsfähigkeit mit einer erfolgreicherer Sozialbilanz verknüpft, müssen und können die EU-Bürger gewonnen, begeistert werden.

Instrumente

- Welche Instrumente hielten Sie für geeigneter, um ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen?

Eine europäische Modernisierungsstrategie, die ergebnisoffener ist als die aktuelle Strategie Europa 2020, gleichzeitig aber fokussierter und nicht mehr auf Zehnjahreszeiträume angelegt ist, sollte in das Europäische Semester integriert werden.

- Wie kann die EU am besten sicherstellen, dass die Strategie Ergebnisse liefert? Was sollten die Mitgliedstaaten dafür tun?

Die Europäische Union muss die ihr in der europäischen Kompetenzordnung zur Verfügung stehenden Mittel unter Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit nutzen, um geeignete Rahmenbedingungen zu setzen für beherrzte Reformen in den Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten werden motiviert durch ständige peer reviews und die im Rahmen des Europäischen Semesters vorgesehenen Maßnahmen.

- Wie kann die Strategie die Mitgliedstaaten dahingehend beeinflussen, dass sie sich in ihrer Politik stärker auf Wachstum konzentrieren?

Anreize für geeignete Reformen auf nationaler Ebene sollten weiter ausgebaut durch die Strukturfonds gesetzt werden. Bilaterale Modernisierungsverträge mit der Europäischen Kommission könnten ein zielführendes Instrument sein.

- Sind Zielvorgaben sinnvoll? Bitte erläutern.

Zielvorgaben sind sinnvoll, sofern sie nicht zu abstrakt, zu schematisch und zeitlich zu weit entfernt sind. Modernisierung muss entsprechend der jeweiligen, spezifischen Gegebenheiten vor Ort erfolgen. Es gibt dafür kein Passepartout sondern vielmehr unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen. Die besonderen Fähigkeiten, natürlichen oder sonstigen Ressourcen einzelner Mitgliedstaaten müssen optimal für deren Entwicklung in einem prosperierenden europäischen Binnenmarkt eingesetzt werden. Dabei kann es angesichts der europäischen Vielfalt, die nicht nur Europas Wesensmerkmal sondern auch sein Trumpf ist, nicht um Einheitslösungen gehen. Pluralismus fördert den Wettbewerb und damit innovative Leistungen.

- Würden Sie empfehlen, bestimmte Ziele hinzuzufügen oder zu streichen – eventuell sogar alle? Bitte erläutern.

Diese Frage wurde bereits beantwortet.

- In welchen Bereichen sollten die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam handeln? Welchen Zusatznutzen hätte dies?

Diese Frage wurde bereits beantwortet.

3) Haben Sie weitere Anmerkungen oder Vorschläge zur Strategie Europa 2020?

Vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens. Bitte schicken Sie Ihren Beitrag, zusammen mit etwaigen weiteren Dokumenten, an SG-EUROPE2020-CONSULTATION@ec.europa.eu.